

ZWISCHENRUF

Stunde des Staates

Ein bisschen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren: Auf diesen Moment hat so mancher Politiker seit Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – gewartet. Renommierete internationale Banken und Investmenthäuser brechen unter der Last fauler Kredite zusammen, der globale Kapitalmarkt kollabiert, millionenschwere Investmentbanker stehen vor dem Nichts, aber auch der kleine Sparer, der die Erlöse aus Omas Häuschen vermeintlich sicher angelegt glaubte, sieht sich als Opfer einer ganz großen, zerplatzenden Luftblase. Und alle stehen sie und rufen laut nach dem Staat: Hilf, rette unsere Ersparnisse, stopfe die Lücken mit deinen Steuergeldern, die ihre Zahler ohnehin abschreiben müssen.

Und was tun sie, die Politiker in Europa und anderswo? Sie geben: Mit vollen, warmen Händen. Und genießen es, endlich wieder gebraucht zu werden. Vor allem aber: Macht zu haben.

Arrogante Manager von Banken, einstmals zu „global“ für die Tiefen der Bundespolitik, müssen sich plötzlich von den Merkels, Kauders und Münteferings dieser Welt wie Schulbuben sagen lassen, wie sie ihre Geschäfte machen sollen und wieviel sie im Jahr

verdienen dürfen. Als nächstes klopft die Autoindustrie – von Absatzschwäche geschüttelt – an die Türen der Berliner Ministerien. Staatshilfen sind doch gerade en vogue. Weg also mit der Diskussion über Reallohnverluste, Pendlerpauschalen und CO₂-Steuer, her mit Steuererleichterungen für Neuwagenkäufe und staatliche Subventionen für die Entwicklung weiterer klimafreundlicher Modelle. Lobbyismus? Keine Spur! Es geht schließlich um hunderttausende von Arbeitsplätzen. Bemerkung am Rande: Allein Daimler rechnet in diesem Jahr mit einem Gewinn von rund 6 Milliarden Euro. Klassischer Kandidat für ein bisschen Stütze vom Staat.

Doch wie gesagt: Die Politiker genießen die Lage sichtlich. In Talkshows mahnen sie mit ernster Miene vor den Folgen des Turbokapitalismus. Hier kann nur die heilende Hand des Staats noch helfen, um Schlimmeres zu verhindern. Die Liquidität des internationalen Kapitalmarktes steht auf dem Spiel, das Überleben von Banken, Millionen von Arbeitsplätzen und unser aller Ersparnisse sowieso. Endlich haben sie wieder Macht und Gestaltungsfähigkeit in einem Staat, in dem sie infolge Überregulierung, Überbürokratisierung und Föderalismus sonst kaum noch wirklich wirken können. Endlich

das Gefühl, tatsächlich etwas bewegen zu können. Auch Politiker brauchen das Gefühl, gebraucht zu werden.

Warum entwickeln sie das eigentlich nie in weniger spektakulären Fällen? Zum Beispiel bei Ebbe auf den Konten kleinerer Mittelständler. Wie etwa im Falle der Lindenau-Werft in Kiel. Keine Kredite mehr, andere fällig gestellt... Wo bleibt da die helfende Hand des Staates? Wäre das nicht die originäre Aufgabe staatlicher Banken wie KfW, HSH Nordbank, BayernLB, SachsenLB, WestLB, etc., hier einen erfolgreichen Wirtschaftsakteur praktisch zu unterstützen, anstatt über 27 Milliarden EUR an Steuergeldern in spekulativen Zockereien zu verpulvern?

Schade, dass sich in solchen Fällen so wenige Retter in der Not zu Wort melden...

Ludolf Baron von Löwenstern

Fregattenkapitän d.R.

Der Autor ist persönlich haftender Gesellschafter der CREATIV CONCEPT HOLDING Verwaltungsgesellschaft, Mitgründer und Chairman of the Board des privaten European Strategic Institute sowie Mitglied im Bundesvorstand des Wirtschaftsrates Deutschland. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Die US-Präsidentschaftswahl

POLITISCHES FRÜHSTÜCK AM 09.10. MIT KAREN E. JOHNSON

GENERALKONSULIN DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA IN HAMBURG



Karen E. Johnson

Charme, Witz, Sachkenntnis und hervorragendes Deutsch zeichneten die Texanerin aus, die die USA seit einem Jahr in Hamburg vertritt. Sie erntete nicht nur langen, sondern ausgesprochen herzlichen Beifall der etwa 100 Anwesenden. Dazu mag bereits die einleitende Bemerkung beigetragen haben: „Diese Stadt ist schon etwas besonderes. Ich kenne nicht viele Orte auf der Welt, wo es bereits am frühen Morgen solche Veranstaltungen gibt, noch dazu so gut besucht und mit einem so ausgewähltem Publikum.“

Bevor Johnson auf ihr eigentliches Thema einging, betonte sie die starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Amerika. „Jeden Tag schicken sich Deutsche und Amerikaner mehrere Millionen von E-Mails, geschäftlich genauso wie privat“... „Rund 800.000 Deutsche arbeiten für amerikanische Unternehmen. Mehr als 670.000 Amerikaner arbeiten heute für deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten.“ „Ein besonderes Beispiel sind die fast dreihundert US-Unternehmen, die in den